

Sarah Schilliger

Who cares?

Care-Arbeit im neoliberalen Geschlechterregime

Fünzig Jahre nach Iris von Rotens Kritik an der „gesellschaftlichen Entwurzelung der Frauen infolge ihrer grundsätzlichen Berufslosigkeit“ (von Roten 1958) ist die Mehrheit der Frauen in der Schweiz erwerbstätig: 76.6 Prozent der Frauen zwischen 15 und 64 Jahren gehen einer bezahlten Arbeit nach – die Schweiz hat im europäischen Vergleich eine sehr hohe Frauenerwerbsquote (BFS 2008a). Die Geschlechterverhältnisse sind damit in Bewegung gekommen: Das bürgerliche Ideal des „Hausfrauenmodells“ – auch als „männliches Brotverdienermodell“ bezeichnet, da der Mann der hauptsächliche Ernährer der Familie ist und die Frau (wenn finanziell möglich!) zuhause bleibt – hat stark an Bedeutung verloren. Nur noch eine Minderheit der Familien sind heute in der Schweiz nach diesem traditionellen Modell organisiert, das als „geschlechterpolitisches Arrangement des Fordismus“ bezeichnet wird: Setzten sich 1970 noch rund drei Viertel aller Paarhaushalte mit Kindern unter sieben Jahren gemäss dem Modell aus einem Vollzeit erwerbstätigen Vater und einer nicht erwerbstätigen Mutter zusammen, so entsprachen 1990 noch gut 60 Prozent und im Jahr 2000 nur noch 37 Prozent der Paarhaushalte dem Modell (Bühler 2001). Das Nur-Hausfrauendasein ist längst nicht mehr das gesellschaftliche Leitbild, die geschlechtlichen Rollenbilder haben sich stark gewandelt: (Fast) niemand will die Frauen zurück an den Herd drängen. Die Spielräume der Lebensgestaltung für Frauen haben sich in den letzten Jahrzehnten erheblich vergrössert, das Bildungsniveau ist massiv gestiegen und die Formen des Zusammenlebens von Frauen und Männern sind heute vielgestaltig.

Ein Triumph für die Frauenbewegung also? Trotz Umbrüchen in den Geschlechterverhältnissen sind in der Schweiz viele Kontinuitäten zu verzeichnen. Die Veränderungen können am ehesten eine „Modernisierung des Patriarchats“ genannt werden. Auf einige Widersprüche der gegenwärtigen geschlechterhierarchischen Arbeitsgesellschaft gehe ich im *ersten* Abschnitt dieses Beitrags ein. Wie ich im *zweiten* Abschnitt aufzuzeigen versuche, werden Bedürfnisse und Interessen, die einst von der Frauenbewegung problematisiert und politisiert worden sind, im Neoliberalismus entpolitisiert: einerseits durch eine Reprivatisierung von Haus- und Betreuungsarbeit, andererseits durch eine Ökonomisierung von Fragen der alltäglichen Lebensführung. Ein Bündel von scheinbar geschlechtsneutralen familien- und arbeitsmarktpolitischen Massnahmen entzieht feministischen Forderungen den Boden. „Frauenförderung ist Wirtschaftsförderung“, lautet die Parole. So werden zwar zentrale feministische Forde-

rungen wie jene nach weiblicher Erwerbstätigkeit aufgegriffen, aber für privatwirtschaftliche und bevölkerungspolitische Interessen der System-sicherung nutzbar gemacht.

Frigga Haug (2007, 14) spricht im Anschluss an Gramsci von einer „passiven Revolution“, in der feministische Vorstellungen und Forderungen eine Art „feindliche Übernahme“ unter neoliberalen Vorzeichen erfahren haben. Auch die US-amerikanische Feministin und Sozialphilosophin Nancy Fraser (2009) konstatiert eine Vereinnahmung der zweiten Frauenbewegung durch den aktuellen Kapitalismus. Die ursprünglichen feministischen Anliegen verschwinden hinter neuen Modewörtern und Managementmethoden. Die Tiefenstruktur unserer Gesellschaft – die hierarchische geschlechtliche Arbeitsteilung – bleibt dabei unangetastet. Gesellschaftliche Widersprüche in der Lebenssituation von Frauen werden zwar teilweise wahrgenommen, ihr gesellschaftlicher Ursprung wird aber nicht analysiert. Eine Frauenbewegung, die genau diese Widersprüche politisiert und – wie in den späten 60er und den 70er Jahren – die Geschlechterordnung in den gesellschaftlichen Kontext einordnet, ist derzeit fast nicht auszumachen.

Doch genau hier sollte angesetzt werden: „Frauen, denkt ökonomisch!“ mahnt uns Nancy Fraser und macht deutlich, dass ein „zeitgemässer Feminismus“ grundlegende Fragen der Umverteilung von Macht, Ressourcen und Zuständigkeiten (z.B. für Haus- und Betreuungsarbeit) wieder stärker politisieren sollte und die politische Ökonomie nicht (mehr) vernachlässigen darf (Fraser 2005). Ihr Votum aufnehmend, plädiere ich im *dritten* Abschnitt dafür, den Bereich der (unbezahlten) Care-Ökonomie (wieder) stärker zum Gegenstand politischer Auseinandersetzung und Gestaltung zu machen und für eine neue Zeitpolitik einzutreten, die schliesslich – radikal umgesetzt – die klassische Trennung zwischen öffentlich und privat, zwischen Arbeits- und Lebenszeit sprengen und eine Transformation der Geschlechterverhältnisse (und der Gesellschaft insgesamt) einleiten würde.

Brüche und Kontinuitäten im Geschlechterverhältnis

Welches sind die Umbrüche, Ungleichzeitigkeiten, Widersprüche, aber auch Konstanten in der „Modernisierung“ der Geschlechterverhältnisse der Schweiz? Es geht dabei um die Organisation, Verteilung und Bewertung der gesamten gesellschaftlichen Arbeit, welche die Lohnarbeit wie auch die sogenannte unbezahlte Care-Arbeit¹ umfasst.

a) Uneingelöste ökonomische Autonomie für Frauen

Heute weisen die Frauen in der Schweiz im internationalen Vergleich zwar eine der höchsten Erwerbsquoten auf, ihre Erwerbstätigkeit geht aber mit einem hohen Anteil an Teilzeitarbeit einher: Über die Hälfte der erwerbstätigen Schweizerinnen (57 Prozent) arbeitet Teilzeit, während im EU-

Durchschnitt der Anteil erwerbstätiger Frauen mit einem Teilzeitpensum knapp ein Drittel beträgt (BFS 2008b). Betrachtet man das Erwerbsarbeitsvolumen, relativiert sich die hohe Erwerbsarbeitsquote der Frauen: Männer verrichten 64 Prozent, Frauen 36 Prozent der gesamten bezahlten Arbeit (BFS 2008a).

Teilzeitarbeit wird oft als besonders frauengerecht dargestellt, als bewusste Wahl all jener Frauen, die Erwerbsarbeit und Hausarbeit unter einen Hut bringen müssen. Tatsächlich arbeiten jedoch Frauen oft unfreiwillig Teilzeit: Jede vierte Frau mit Kindern unter 15 Jahren möchte eigentlich mehr Erwerbsarbeit leisten (Familienbericht 2004, 52). Teilweise wird Teilzeitarbeit den Beschäftigten aufgedrängt, denn sie erleichtert es den Unternehmern, den Personalbestand einer hochflexiblen Produktion anzupassen und die Kosten der Arbeit zu senken. Die Erwerbsarbeit von Frauen wird noch immer als Manövriermasse zur Regulierung des Arbeitsmarktes genutzt.

Oft sind die Bedingungen von Teilzeitarbeit prekär: Arbeit auf Abruf, atypische Arbeitszeiten, befristete Arbeitsverträge – dies sind schlechte Voraussetzungen für die „Vereinbarkeit“ von Erwerbsarbeit und Privatem. Flexible Arbeitszeiten sind nur unter ganz bestimmten Bedingungen familienfreundlich, entscheidend ist der Grad der Mitbestimmung der Beschäftigten, was die Lage, Dauer und Verteilung der Arbeitszeiten angeht. In vielen Fällen fehlt jedoch diese Mitbestimmung (zur „Janusköpfigkeit“ flexibler Arbeitszeiten vgl. Jürgens 2005).

Die von der Frauenbewegung eingeforderte ökonomische Unabhängigkeit der Frauen von ihren (Ehe-)Partnern ist angesichts der prekären Lage der Frauen auf dem Arbeitsmarkt trotz massiv erhöhter weiblicher Erwerbsquote nur beschränkt eingelöst. Frauen sind dreimal häufiger von Tieflohnen betroffen als Männer: 19 Prozent der Frauen arbeiten im Tieflohnbereich (BFS 2008c). Und noch immer verdienen die Frauen in der Schweiz 19.7 Prozent weniger als die Männer (BFS 2008b). Dem Grossteil der Frauen kann unter diesen Bedingungen keine eigenständige Existenzsicherung gelingen. Meistens nehmen sie deshalb weiterhin die Rolle der Zuverdienerin wahr – mit oft prekären Folgen. Entsprechend gross ist die Armutsquote von Frauen, die sich und ihre Familie allein durchbringen müssen: Alleinerziehende weisen die höchste Working-poor-Quote auf, jede vierte dieser „Einelternfamilien“ ist arm. Alleinerziehende sind laut Caritas (2007) viermal häufiger auf Sozialhilfe angewiesen als der Durchschnitt der Bevölkerung; die Sozialhilfequote von Alleinerziehenden beträgt 17.6 Prozent. In der Schweiz leben rund 160'000 Alleinerziehende – das sind 15 Prozent aller Familien.

b) Zementierte geschlechtliche Arbeitsteilung

Angesichts der stark gestiegenen Erwerbstätigkeit der Frauen stellt sich die Frage, ob und wie sich die Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen

im Alltag verändert hat. Für die Schweiz sind dazu überraschend genaue Statistiken vorhanden.² Die Zahlen sind auch vierzig Jahre nach Beginn der neuen Frauenbewegung eher ernüchternd: In Schweizer Familien wurde in den letzten Jahren selbst dann nicht viel Haus- und Familienarbeit umverteilt, wenn beide Eltern berufstätig waren. Bei einigen Paaren mag es durchaus zur grossen Umverteilung der Arbeit zwischen den Geschlechtern und zur Modernisierung der Rollenverständnisse gekommen sein. Für die grosse Masse gilt aber weiterhin, dass die Care-Arbeit – die Sorge dafür, dass zuhause alles läuft – primär von Frauen erledigt wird, gratis, wenig anerkannt und meist unsichtbar (vgl. dazu Wüthrich 2008). Bei 85 Prozent aller Paare übernimmt die Frau mehr als 60 Prozent der Haus- und Familienarbeit. Eine partnerschaftliche Aufteilung wird nur in 11 Prozent der Haushalte praktiziert, wo sich beide zu mindestens 40 Prozent an der Haus- und Familienarbeit beteiligen. In knapp 3 Prozent ist es der Fall, dass es der Mann ist, der mehr als 60 Prozent der Arbeit ausführt (Strub 2006, 299).

Der Wandel der Geschlechterrollen ist also asymmetrisch verlaufen: Zwar sind die weiblichen Biographien vermehrt durch Erwerbsarbeit geprägt, umgekehrt haben bei den männlichen Biographien die Betreuungsarbeit und vor allem die Hausarbeit nur wenig an Bedeutung gewonnen. In Haushalten mit Kindern unter 15 Jahren wenden Frauen durchschnittlich 54 Stunden pro Woche für Haus- und Betreuungsarbeit auf, Männer 28 Stunden – somit leisten Mütter zuhause noch immer rund doppelt so viel unbezahlte Arbeit wie Väter (BFS 2008d). Dem bürgerlichen Familienmodell entsprechend leisten die Väter dafür mehr bezahlte Erwerbsarbeit – durchschnittlich 41 Wochenarbeitsstunden sind es bei Männern mit Kindern unter 15 Jahren (ebd.).

Nach Angaben des Bundesamts für Statistik (2004) liegt der Wert der unbezahlten Arbeit, die in der Schweiz geleistet wird, bei rund 270 Milliarden Franken pro Jahr; davon entfallen 188 Milliarden auf die Hausarbeit, 55 Milliarden auf Betreuungsarbeit. Die Dimension der unbezahlten Arbeit im Haushalt ist ein ökonomischer Faktor, dessen Bedeutung stark unterschätzt wird. Laut Berechnungen von Mascha Madörin (2007, 144) ist allein das Zubereiten von Mahlzeiten zuhause, gemessen am Arbeitsvolumen, die grösste Wirtschaftsbranche überhaupt in der Schweiz! Das Ende des „bürgerlichen Hausfrauenmodells“ bedeutet demnach bei weitem nicht ein Ende der Haus(frauen)arbeit. Als modernisierte Form der bürgerlichen Versorgung geht die „Eineinhalb-Einkommen-Familie“ – mit der Frau als „Zuverdienerin“ und immer noch Hauptverantwortlichen für die Haus- und Familienarbeit. Die traditionelle Arbeitsteilung im Haushalt bleibt das harte Kernstück der Geschlechterungleichheit, bedeutet für die meisten Frauen eine Doppelbelastung und hat zudem weitreichende Konsequenzen für die Lage der Frauen im Erwerbsleben.

c) „Entgrenzung“ der Arbeit(zeit) – Zeitnot – Betreuungslücken

Seit einiger Zeit findet ein Wandel statt, den die SoziologInnen unter dem Begriff der „Entgrenzung“ von Arbeit und Arbeitszeit fassen (vgl. Pongratz/Voss 2003, Hochschild 2006, Winker/Carstensen 2007). Gemeint ist eine durch forcierte Kapitalverwertung und neue berufliche Leistungsanforderungen bedingte Veränderung der Organisationsbedingungen von Arbeit, die nicht nur die Erwerbsarbeit, sondern auch die alltägliche Lebensführung tangiert und zu einer tendenziellen „Landnahme“ der Privatsphäre führt. So kommt es durch die Flexibilisierung der Arbeitszeit zu (noch) komplexeren Anforderungen im Familienalltag: „Die Felder ‚Arbeit und Leben‘ sind zunehmend nicht mehr eindeutig konturiert und abgegrenzt, sondern verwischen sich, und ihr Verhältnis zueinander wird dadurch zu einer nun aktiv individuell zu leistenden Aufgabe der (Neu-)Formierung, der aktiven Begrenzung, der bewussten Balance, des gezielten alltäglichen Managements“ (Voss 2001, 19).³

Gesellschaftliche Errungenschaften und Zeitinstitutionen wie der Feiertag und der (erwerbs-)arbeitsfreie Samstag geraten unter Druck, selbst der Sonntag als wöchentlicher Ruhetag und die 42-Stunden-Woche verlieren immer stärker an allgemeiner Verbindlichkeit, Überstunden sind an der Tagesordnung. Neben der Intensivierung und Flexibilisierung der Arbeitszeit setzt auf internationaler Ebene eine Rückkehr zu längeren Arbeitszeiten ein. Die Schweiz ist bezüglich Wochenarbeitszeit nach wie vor „an der Spitze“. Entsprechend steht weniger Zeit für Familie und Freizeit zur Verfügung.

Insbesondere Frauen und Männer mit Betreuungspflichten können den Standards des „flexiblen Menschen“ (Sennett 1998) nur schwer entsprechen. Entgrenzte, flexibilisierte Erwerbsarbeit lässt sich schwer kombinieren mit den schon immer hochflexiblen zeitlichen Anforderungen bei der verlässlichen Sorge für andere. Die Organisation der privaten Lebensführung gerät zu diesen Veränderungen in der Erwerbswelt deshalb immer mehr in Konflikt. Dass dabei „Engpässe“ in der alltäglichen privaten Versorgung entstehen, zeigen die allgegenwärtige Debatte um die „Unvereinbarkeit von Beruf und Familie“ wie auch die offensichtlich akute „Betreuungslücke“ in Privathaushalten mit Kleinkindern und der „Pflege-notstand“ – was inzwischen als „Care-Krise“ diskutiert wird. Die Klagen über „Zeitnot“ und wachsenden Druck nehmen denn auch zu: Insbesondere im Alter zwischen 30 und 40, wenn kleine Kinder zu betreuen sind und gleichzeitig im Erwerbsleben häufig hohe Ansprüche gestellt werden, kann die Zeitnot akut werden. Stress ist in der Schweiz laut einer Studie (Ramaciotti und Perriard 2003, 42f.) eine sehr verbreitete Realität.

Öffentliche Betreuungsstrukturen (Krippen, Tagesschulen usw.) für Kleinkinder und schulpflichtige Kinder sind in der Schweiz trotz verstärkten politischen Bemühungen (vgl. Impulsprogramm zur Förderung der

familienergänzenden Kinderbetreuung) noch immer massiv unterentwickelt (2005, 2.58 Kinderkrippen und Kinderhorte pro 1000 Kinder unter 7 Jahren, vgl. BFS 2008b). Laut jüngsten Schätzungen der Eidgenössischen Koordinationskommission für Familienfragen fehlt es schweizweit an Betreuungsplätzen für rund 120'000 Kinder (EKFF 2008, 20). Qualitativ hochstehende Kinderbetreuung ist noch immer kein Recht, das im Rahmen des Service Public garantiert ist. Zudem sind die vorhandenen Betreuungsstrukturen in den meisten Fällen zuwenig auf die flexibilisierten Arbeitsverhältnisse ausgerichtet. Gefragt ist also weiterhin die „sorgende Mutter und Hausfrau“, die flexible, mobile Familienmanagerin, die überall gleichzeitig und für alle da sein sollte.

In der wissenschaftlichen und politischen Diskussion ist mit dem Vereinbarkeitskonflikt vorwiegend jener zwischen Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung in einer frühen Phase des Familienlebens gemeint. Immer mehr zeichnet sich aber auch ein zweiter Vereinbarungskonflikt ab, der wiederum mehrheitlich Frauen betrifft, jedoch meist in einer späteren Phase: Der Konflikt zwischen späten Berufsphasen und intergenerationeller Pflege betagter Angehöriger und Bekannter. Pflegebedürftige Eltern bzw. Schwiegereltern können eine intensive „Zusatz“-Arbeit bedeuten, die mit der Doppelbelastung in der Familienphase vergleichbar ist (vgl. Notz 2007).

Aktuelle Reprivatisierungs- und Ökonomisierungstendenzen

Politiker und Unternehmerkreise sorgen sich zunehmend um die langfristig gesunkenen Geburtenzahlen und fordern gleichzeitig eine weitere Erhöhung der Frauenerwerbsquote. Angesichts der zunehmenden „Alterung“ der europäischen Gesellschaft hänge die Wettbewerbsfähigkeit Europas auch davon ab, wie gross der Anteil der berufstätigen Bevölkerung ist und wie viele Berufstätige sich für Kinder entscheiden. Es geht um eine effektivere Nutzung des „weiblichen Humankapitals“ und um „mehr Kinder“, die Frauen zu gebären hätten, um die Sicherungssysteme zu retten (vgl. Prognos 2005). Die „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ ist heute ein allseits geteiltes Anliegen und wurde sogar vom Bundesrat auf die politische Agenda gesetzt. Die Schweiz hat sich auch an der ländervergleichenden OECD-Studie „Babies and Bosses - Reconciling Work and Family Life“ beteiligt, und das Thema wurde in die offiziellen beschäftigungspolitischen Leitlinie aufgenommen (vgl. Seco 2004).

Bei genauerem Hinsehen zeigt sich jedoch, dass die gegenwärtige Auseinandersetzung um die „Vereinbarkeit“ sehr oberflächlich bleibt und die realen Bemühungen sich vorrangig auf individualisierte „Hilfen“ zur Anpassung an die Anforderungen des Arbeitsmarktes beschränken. Die Verantwortung für die Lösung der Probleme wird auf die Familien überwälzt. Gesellschaftliche Voraussetzungen einer tatsächlichen Vereinbarkeit werden durch eine „genderkompatible“ Rhetorik verschleiert. Die Proble-

matik wird damit der gesellschaftlichen Auseinandersetzung entzogen und bleibt unangetastet. Darin manifestiert sich ein grundlegender Konflikt um „die Grenze zwischen dem, was politisch ist, und dem, was nicht politisch ist“ (Fraser 1994, 257). Das „Private“ – einst politisiert durch die neue Frauenbewegung – wird im neoliberalen Geschlechterregime zunehmend entpolitisiert. Neoliberale und neokonservative Kräften dominieren die Interpretation der Lebensverhältnisse von Frauen: Sie möchten die Bedürfnisse von Frauen wieder privatisieren, sie also der politischen Auseinandersetzung entziehen. Tendenzen einer „Entpolitisierung“ zeigen sich auch in der Schweiz a) in der (Re-)Privatisierung von Care-Arbeit und b) in einer Tendenz zur Ökonomisierung der alltäglichen Lebensführung.

a) *(Re-)Privatisierung von Care-Arbeit*: Aufgaben, die für die Gesellschaft absolut zentral sind – Betreuung, Erziehung und Pflege von Kindern oder älteren Menschen, Kochen, Putzen, Bügeln und Waschen –, sollen als familiäre Angelegenheit und damit als „Privatsache“ taxiert werden. Bedürfnisse, die „von unten“, von der Frauenbewegung politisiert worden sind, werden dadurch in die häuslich-private Sphäre zurückgedrängt. Die Zuständigkeiten für die Versorgungsarbeit und die damit verbundenen Kosten sind und bleiben weitgehend „privatisiert“ und müssen unbezahlt und zusätzlich zur (weiblichen) Lohnarbeit im Rahmen der klassischen Kleinfamilie verrichtet werden. Darauf zielen auch Initiativen ab, welche die staatlichen Sozialleistungen im Care-Sektor kürzen möchten – und sich dabei auch auf die aktuelle Krise berufen. Eine exemplarische Reprivatisierung ehemals öffentlicher Leistungen betrifft das Gesundheitswesen: Da im Zuge des „New Public Management“ und der Einführung sogenannter Fallkostenpauschalen die Spitäler ihre PatientInnen so schnell wie möglich entlassen möchten, wird eine ehemals öffentliche Aufgabe in die private häusliche Sphäre (zurück-)verlagert: Das Weiterpflegen und das Auskurieren sind meistens mit einer zusätzlichen Arbeitsbelastung der Ehefrauen, Töchter, Mütter usw. verbunden. Reprivatisierung bedeutet hier also konkret eine Zunahme unbezahlter Care-Arbeit und damit eine zusätzliche Indienstnahme von Frauen.

b) *Entpolitisiertend wirkt auch die zunehmende Ökonomisierung der Organisations- und Funktionsweise von Care-Arbeit*, weil damit politische Anliegen und Bedürfnisse der Frauenbewegung bezüglich der alltäglichen Lebensführung der breiten gesellschaftlichen Auseinandersetzung entzogen werden. Dies geschieht zum Beispiel durch die Anbindung an den Markt: Care-Arbeit wird zunehmend kommerzialisiert und verwandelt sich zu einer Ware, die man – je nach Kaufkraft – auf dem Dienstleistungsmarkt „einkaufen“ kann. Versorgungslücken und Zeitnot im Haushalt werden immer häufiger mit der Anstellung einer prekär beschäftigten und bezahlten Hausarbeiterin (z.B. Putzfrau) meist mit Migrationshintergrund kom-

pensiert.⁴ Dieses „postfeministische Arrangement“ der Vermarktlichung von Care-Arbeit entschärft in einigen gutverdienenden Haushalten das „Vereinbarkeitsproblem“, die Doppelbelastung der Frauen und den Partnerschaftskonflikt über die innerhäusliche Arbeitsteilung. Gleichzeitig etabliert sich aber eine neue alte geschlechtliche Arbeitsteilung, die alte Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern zementiert und neue Hierarchien zwischen Frauen entlang ethnischer und klassenspezifischer Trennungslinien schafft. Es verschränken sich mehrere Ungleichheitsdimensionen: Ethnizität/Nationalität, Klasse und Geschlecht, die die Lebensqualität der Individuen bestimmen. So ist die Lebenssituation einer kleinen Schicht von Frauen mit hochqualifizierten und gutbezahlten Jobs nicht vergleichbar mit jener einer migrantischen Putzfrau oder einer im Niedriglohnsektor beschäftigten alleinerziehenden Mutter. Letztere verfügen nicht über die ökonomischen Ressourcen, Care-Arbeit an den „Markt“ zu delegieren.

Eine weitere Art von Ökonomisierung zeigt sich in der Einführung von Marktmechanismen und der Adaptierung von Management- und Effizienzprinzipien in der alltäglichen Lebensführung. Die klassische „Doppelbelastung“ wird in ein „Problem“ umgedeutet, das eines richtigen individuellen „Managements“ bedarf und durch Befolgung von Marktimperativen lösbar wird. Exemplarisch lässt sich dies am Diskurs um die „Vereinbarkeit“ von Familie und Beruf aufzeigen: Die Rezepte neoliberaler Regierungsprogramme, von „Experten“ aus Unternehmerkreisen und auch von einigen Gleichstellungsbüros bestehen aus individuellen Ratschlägen für den „Balanceakt zwischen Arbeit und Familie“, der wiederum vor allem den Frauen zugemutet wird.⁵ Gefragt sind Eigenverantwortung, Selbstmanagement, „Fairplay at home“ und eine individuelle „Aushandlung“ mit dem Partner/der Partnerin und dem Arbeitgeber. Wer es nicht schafft, alles „unter einen Hut zu bringen“, soll sein/ihr „Zeitmanagement“ überprüfen. Gesellschaftliche „Risiken“ wie Stress und Überlastung als Folge der Unvereinbarkeit von Anforderungen der Erwerbssphäre und der privaten Lebenswelt werden dadurch individualisiert und zu einer Frage des Selbstmanagements erklärt.

Perspektive: Für eine neue Politisierung feministischer Bedürfnisse!

Die Diskussion um die „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ ist primär eine Scheindebatte. Der Grundwiderspruch nicht gerecht verteilter, nicht anerkannter und doch gesellschaftlich notwendiger Care-Arbeit bleibt unaufgelöst. In der Praxis führt dies nicht zu einer emanzipatorischen Veränderung der Geschlechterverhältnisse – vielmehr wird ein unbefriedigender Zustand festgeschrieben. Wo aber bleibt die Kritik von Seiten der Frauenbewegung und der feministischen Wissenschaft?

Anders als in den 1970er Jahren, als Frauenbewegung und Geschlech-

terforschung eng verbunden waren und den Anspruch hatten, die Gesellschaft „von unten“ zu erforschen und emanzipatorische Perspektiven zu eröffnen, ist heute die politische Relevanz von theoretischen Diskussionen in den Gender Studies nicht immer erkennbar. Häufig wird sehr abstrakt, ohne Bezug zum Alltag, eher apolitisch und damit dem postmodernen Zeitgeist gemäss über „Gender“, Identität und Differenz diskutiert. Das politische Subjekt „Frauen“ scheint abgeschafft zu sein und damit auch der Anspruch auf eingreifendes Denken. Die Hausarbeit – einst Gegenstand unzähliger Studien – wird heute an den Universitäten nur noch selten analysiert. Gleichzeitig ist auch die Frauenbewegung, die diese Themen weiterhin politisieren könnte, fast zum Stillstand gekommen. Die Strategien eines Teils der noch verbleibenden Frauenbewegung richten orientieren sich zwar weiterhin auf öffentliche Aufmerksamkeit, sie setzen aber vermehrt auf den Staat und gar auf „familienfreundliche“ Unternehmen als möglichen Koalitionspartner zur Erreichung von Geschlechtergerechtigkeit. Nicht mehr die Mobilisierung für frauenpolitische Projekte, Flugblattaktionen oder gezielte Verletzungen von Rechtsnormen, sondern Alltagsroutinen und behördlich-institutionell begrenzte Spielräume bestimmen die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten. Feministische Interessen und Bedürfnisse sind in der Praxis von Gender Mainstreaming zu verwaltbaren, technischen, bürokratischen Anliegen geworden, deren formale Erledigung an „Genderexpertinnen“, Kompetenzzentren und Institutionen wie die Gleichstellungsbüros delegiert werden.

Dabei wäre die Beschäftigung mit Fragen der Ökonomie, der Verteilung von Macht und Ressourcen für eine Weiterentwicklung der politischen Inhalte und für die Ausarbeitung von Strategien unverzichtbar. Die unsichtbare Haus- und Betreuungsarbeit ist ein blinder Fleck in der Theorie und Praxis, der neu ausgeleuchtet und mit der Analyse des widersprüchlichen Zusammenhangs der verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereiche verbunden werden muss. Gefordert ist eine feministische Kritik der Ökonomie, die „das Gesamt von Arbeit und Wirtschaft – den Zusammenhang von Produktion und Reproduktion, unbezahlter und bezahlter Arbeit, Markt und Sorgeökonomie ins Zentrum stellt“ (Wichterich 2005, 5f.) und damit die Einengung auf die „Marktökonomie“ aufhebt. Die Diskussionen um die „Care-Ökonomie“, die auch in der Schweiz langsam anlaufen, weisen in diese Richtung (vgl. z.B. die Gründung des WIDE-Netzwerkes in der Schweiz, das im Juni 2009 in Basel eine internationale Konferenz unter dem Titel „We Care!“ organisiert hat, www.wide-network.ch).

Die Care-Ökonomie darf nicht als „Frauen-Problem“ abgewertet werden, sondern ist als lebensnotwendige gesellschaftliche Aufgabe zu fassen – als Produktion von „Lebensstandard“, als Voraussetzung für die menschliche Entwicklung und die Entfaltung der eigenen Persönlichkeit von Frauen wie Männern. Denn die kollektive Betroffenheit durch „Zeitnot“, Stress und Unvereinbarkeit verschiedener Lebensbereiche ist enorm – nicht

nur auf Seiten der Frauen: Zunehmend beginnen auch Männer, eine zu einseitige Ausrichtung ihrer Lebensplanung auf berufliche Belange zu hinterfragen und andere Aspekte des Lebens aufzuwerten. Es geht schliesslich für Männer wie für Frauen um die Frage: Wie wollen wir leben? Diese Frage und das, was sich in den häuslichen vier Wänden abspielt, ist nicht einfach eine Privatangelegenheit, sondern in hohem Masse beeinflusst von den gesellschaftlichen und institutionellen Bedingungen, unter denen die Einzelnen leben. Diese Rahmenbedingungen, die durchaus gestaltbar sind, sollten wieder Gegenstand politischer Kritik und gesellschaftlicher Auseinandersetzung werden.

Die grosse Herausforderung ist dabei, Strategien für den politischen Alltag zu formulieren und handlungsfähig zu sein, zugleich aber nicht – wie dies bei technokratischen Gleichstellungspolitikern zu häufig der Fall ist – das Ziel einer anderen, emanzipierten Gesellschaft aus den Augen zu verlieren. Eine feministische Politik ist nur überzeugend, wenn sie über die gegenwärtig herrschende Gesellschaftsform hinausweist, sich also als eine *transformative* Politik versteht. Für die politische Artikulation einer „konkreten Utopie“, die sich von den Erfahrungen, praktischen Auseinandersetzungen und Bedürfnissen der Menschen leiten lässt, scheinen mir drei Punkte zentral, die ich abschliessend kurz skizzieren möchte.

Eine neue „soziale Infrastruktur“ im Bereich Care

Zentraler Aspekt einer zeitgemässen feministischen Politik ist die Entwicklung einer „sozialen Infrastruktur“ (vgl. Hirsch 2005), die ein vernünftiges gesellschaftliches Leben für alle möglich macht. Es geht um den Ausbau öffentlicher Güter und Dienstleistungen, die allen Menschen unentgeltlich zur Verfügung stehen („service public“). Laut Joachim Hirsch muss „nicht die Rettung oder Verbesserung des herkömmlichen Sozialstaats (...) zur Debatte stehen, sondern die Möglichkeiten und Dimensionen einer neuen und emanzipativeren Vergesellschaftungsweise“ (ebd.). Zentral ist dabei eine demokratische, dezentrale Selbstorganisation jenseits von Markt- und Profitlogik – eine Form von gesellschaftlicher Arbeit, die bedarfsnah und von allen mitgestaltbar und beeinflussbar ist. Was diese soziale Infrastruktur umfassen soll, muss sich daran ausrichten, was der alltäglichen Lebensführung der Menschen dient. Zur Unterstützung einer Neuorganisation und Umverteilung der bisher vorwiegend privatisierten Care-Arbeit ist sicher ein massiver Ausbau von familienexternen Betreuungsangeboten zentral – also eine flächendeckende Einrichtung von Krippen, Ganztageschulen und gemeinschaftlich organisierten Einrichtungen zur Unterstützung pflegebedürftiger Menschen (z.B. eine genossenschaftlich organisierte Spitex, die Pflege, Betreuung und Haushaltsdienste integriert und bedürfnisgerecht leistet). Selbstverständlich gehören dazu eine bessere Entlohnung und die Entprekarisierung all dieser Dienstleistungen in der Care-Ökonomie. Wichtig wäre auch eine Neugestaltung der Stadt- und Quar-

tierplanung, die mehr Raum lässt für kollektive Formen des Zusammenlebens und für gesellschaftliche Selbstorganisation, als dies heute in den isolierten Wohneinheiten und innerhalb der Kleinfamilie der Fall ist.

Ein neuer Arbeitsbegriff

Heute gilt eine spezifische Form von Arbeit als das Mass aller Dinge. Hinsichtlich der Perspektive einer tatsächlich gleichberechtigten Gesellschaft muss der traditionelle Arbeitsbegriff erweitert werden (was die Frauenbewegung seit den 1970er Jahren fordert!): Jede gesellschaftlich nützliche Arbeit ist Arbeit, nicht nur die Lohnarbeit. Sowohl im Bereich der aktuell bezahlt geleisteten Arbeit als auch im Bereich der aktuell unbezahlt geleisteten Arbeiten werden gesellschaftlich notwendige und nützliche Tätigkeiten verrichtet. Durch dieses Verständnis von „Arbeit“ können Care-Tätigkeiten aus dem privaten familialen Bereich herausgelöst erfasst und ihre gesamtgesellschaftliche Bedeutung deutlich gemacht werden. Die Erweiterung des Arbeitsbegriffs und eine gesellschaftliche Aufwertung von Care-Arbeit sind ein wichtiges Nahziel, reichen aber nicht. Darüber hinaus geht es um eine Kritik an der Lohnförmigkeit und Fremdbestimmtheit auch der jetzt bezahlt geleisteten Arbeit und an der existenziellen Abhängigkeit vom gezahlten Lohn (vgl. dazu Notz 2004).

Eine neue Zeitpolitik

Das „Ringens um die Zeit“ ist neben der klassischen Lohnfrage eines der zentralen Konfliktfelder in der kapitalistischen Gesellschaft. Herrschaft manifestiert sich dabei als Verfügungsgewalt über (Lebens-)Zeit. Obwohl wir aufgrund der Produktivitätssteigerung heute eigentlich viel weniger Zeit benötigen als früher, um das „Überleben“ zu sichern, hat dies nicht dazu geführt, dass die Lohnabhängigen über mehr freie Zeit jenseits der Erwerbsarbeit verfügen. Eine Verkürzung der Erwerbsarbeit für alle und damit verbunden eine Neuorganisation und Neuverteilung der Care-Arbeit zwischen den Geschlechtern würde die Probleme dieser absurden Situation lösen. Dazu braucht es eine neue Zeitpolitik (vgl. auch Widerspruch 1998), eine Politik der sukzessiven Erwerbsarbeitszeitverkürzung mit dem Ziel der Verallgemeinerung der heute noch sogenannten Teilzeitarbeit zu einer neuen Normalität nicht nur für Frauen, sondern auch für Männer. Teilzeitarbeit würde so den Status einer zweitklassigen Beschäftigung verlieren (vgl. dazu die „Vier-in-einem-Perspektive“ von Frigga Haug 2008).

Auch dies ist keine neue Forderung, sie könnte aber die heute in Sachzwängen verstrickte Vereinbarkeitsdebatte aufsprengen und neue Horizonte eröffnen. Darin läge die Chance, die begrenzt vorhandene bezahlte und die im Überfluss vorhandene unbezahlt geleistete Arbeit auf beide Geschlechter gleich zu verteilen und darüber hinaus Leben und Arbeit vereinbar zu machen – indem der Gegensatz zwischen freier Zeit

und Arbeitszeit relativiert und die Inkompatibilitäten von Arbeits- und Lebenswelt überwunden werden könnten. Oder wie es Iris von Roten in ihrem Buch „Frauen im Laufgitter“ vor bereits fünfzig Jahren vorschwebte: „Die stark verkürzte Arbeitszeit (...) gewährt mehr Zeit für Familienleben, Geselligkeit, Lesen, Sport und Liebhabereien“ (von Roten 1991, 222). Und wie Nancy Fraser ein paar Jahrzehnte später formuliert: „Das Kunststück besteht darin, die soziale Welt irgendwann so einzurichten, dass Bürgerinnen und Bürger das Geldverdienen, Betreuen, den Einsatz für die Gemeinschaft, politische Mitwirkung und gesellschaftliches Engagement unter einen Hut bringen können – und möglichst noch Zeit für vernünftige Dinge haben“ (Fraser 2001, 103).

Anmerkungen

- 1 Tätigkeiten, deren Arbeitsgegenstand die menschliche Arbeitskraft und ihre Versorgung sind (sogenannte „Reproduktionsarbeit“), werden im Folgenden im Anschluss an aktuelle feministische Debatten zur Care-Ökonomie als „Care-Arbeit“ bezeichnet (vgl. Madörin 2006). Care kann unterschiedlich organisiert sein: unbezahlt in Haushalten (nicht-marktförmig), staatlich/gemeinschaftlich (dekommodifiziert) oder als kommerzielle Dienstleistungen (kommodifiziert).
- 2 Hintergrund dieser Datenerhebung ist das Interesse der Versicherungen an der Erfassung des sogenannten „Haushaltschadens“ - ein Begriff aus dem Haftpflicht- und Versicherungsrecht, der Einschränkungen bei der Ausführung von unbezahlten Tätigkeiten wie z.B. Hausarbeit und Kinderbetreuung bezeichnet, wofür finanzielle Ersatzforderungen gestellt werden können. Dazu muss der notwendige Zeitaufwand für die Haus- und Familienarbeit evaluiert werden.
- 3 Wie Regina Becker-Schmidt (2007, 258) zurecht kritisch anmerkt, ist die Grenze zwischen „Arbeit“ und „Leben“ für Frauen immer fließend gewesen. Erwerbstätige Frauen betreten beim Übergang von der Berufswelt in die Familie kein „Reich der Freiheit“.
- 4 Laut Schätzungen der Gewerkschaft Unia dürfte sich die Beschäftigung in privaten Haushalten in der Schweiz in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt haben und nach vorsichtigen Schätzungen um die 125'000 Vollzeitstellen umfassen (Unia 2007).
- 5 „Work-Life-Balance“ lautet die trendige Zauberformel, von der in der institutionalisierten Politik, der Unternehmenspraxis und auch in der sozialwissenschaftlichen Forschung immer häufiger die Rede ist. In den letzten Jahren ist eine ganze Flut von Ratgebern auf den Markt gekommen, die Hilfe bei der persönlichen „Gleichgewichtsübung“ zwischen „Work“ und „Life“ versprechen. Die Gegenüberstellung von „Work“ als Erwerbsarbeit und „Life“ als einer „arbeitsfreien“ Sphäre ist grundsätzlich fragwürdig: Denn gerade für Frauen heisst „Life“ in erster Linie und vor allem nach wie vor viel „Work“!

Literatur

- Becker-Schmidt, Regina, 2007: Geschlechter- und Arbeitsverhältnisse in Bewegung. In: Aulenbacher, Brigitte, Maria Funder, Heike Jacobsen und Susanne Völker (Hg.): Arbeit und Geschlecht im Umbruch der modernen Gesellschaft. Forschung im Dialog. Wiesbaden
- BFS, 2004: Unbezahlte Arbeit: Satellitenkonto Haushaltproduktion. http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/20/04/blank/key/sat_kont/04.Document.88734.xls
- BFS, 2008a: Erwerbstätigkeit und Arbeitszeit. <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/03/02.html>

- BFS, 2008b: Gleichstellung von Frau und Mann: Die Schweiz im internationalen Vergleich. Eine Auswahl von Gleichstellungsindikatoren in den Bereichen Bildung, Arbeit und Politik. Neuchâtel
- BFS, 2008c: Tiefelöhne und Working Poor in der Schweiz. Ausmass und Risikogruppen auf der Basis der Lohnstrukturhebung 2006 und der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung 2006. Neuchâtel
- BFS, 2008d: Modul „Unbezahlte Arbeit“. Schweizerische Arbeitskräfteerhebung. Neuchâtel
- Bühler, Elisabeth, 2001: Frauen- und Gleichstellungsatlas Schweiz. Zürich
- Caritas Schweiz, 2007: Handbuch Armut in der Schweiz. Luzern
- EKFF 2008: Familien- und schulergänzende Kinderbetreuung. Eine Bestandesaufnahme der Eidg. Koordinationskommission für Familienfragen EKFF. Bern
- Familienbericht, 2004: Strukturelle Anforderungen an eine bedürfnisgerechte Familienpolitik. Eidg. Departement des Innern. Bern
- Fraser, Nancy, 1994: Der Kampf um die Bedürfnisse: Entwurf für eine sozialistisch-feministische kritische Theorie der politischen Kultur im Spätkapitalismus. In: Dies.: Widerständige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht. Frankfurt/M.
- Fraser, Nancy, 2001: Nach dem Familienlohn. Ein postindustrielles Gedankenexperiment. In: Dies.: Die halbierte Gerechtigkeit. Schlüsselbegriffe des postindustriellen Sozialstaates. Frankfurt/M.
- Fraser, Nancy, 2005: Frauen, denkt ökonomisch! In: taz vom 25.05.2005
- Fraser, Nancy, 2009: Feminism, capitalism and the cunning of history. In: New Left Review Nr. 56, March/April 2009, 97-117
- Haug, Frigga, 2007: Blick zurück – nach vorne! Geschlechterforschung und feministische Politik im Lauf der Neoliberalismus. In: Karoline Bankosegger / Edgar J. Foster (Hg.): Gender in Motion. Wiesbaden
- Haug, Frigga, 2008: Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke. Hamburg
- Hirsch, Joachim, 2005: Eine Alternative zum lohnarbeitsbezogenen Sozialstaat: Das Konzept der „Sozialen Infrastruktur“. In: Widersprüche, September 2005, 32-48
- Hochschild, Arlie Russell, 2006: Keine Zeit. Wenn die Firma zum Zuhause wird und zu Hause nur Arbeit wartet. Wiesbaden
- Jürgens, Kerstin, 2005: Die neue Unvereinbarkeit? Familienleben und flexibilisierte Arbeitszeiten. In: Hartmut Seifert (Hg.): Flexible Zeiten in der Arbeitswelt. Frankfurt/M.
- Madörin, Mascha, 2006: Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie. In: Niechoj, Thorsten / Marco Tullney (Hg.): Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie. Marburg, 277-299
- Madörin, Mascha, 2007: Neoliberalismus und die Reorganisation der Care-Ökonomie. Eine Forschungsskizze. In: Denknetz Jahrbuch 2007. Zürich
- Notz, Gisela, 2004: Von der notwendigen Arbeit und dem „Reich der Freiheit“. In: Dagmar Baatz / Clarissa Rudolph / Ayla Satilmis (Hg.): Hauptsache Arbeit? Feministische Perspektiven auf den Wandel von Arbeit. Münster. 137-151
- Notz, Gisela, 2007: Frauen in der Pflegearbeit. Widerspruch Heft 52, Zürich, 97-106
- Pongratz, Hans J. / Voss, Günter G., 2003: Arbeitskraftunternehmer - Erwerbsorientierungen in entgrenzten Arbeitsformen. Berlin
- Ramaciotti, Daniel / Perriard, Julien, 2003: Die Kosten des Stresses in der Schweiz. Studie im Auftrag des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco)
- Seco, 2004: Kinder und Karriere – Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Zusammenfassung des OECD-Berichts Babies and Bosses – Reconciling Work and Family Life. New Zealand, Portugal and Switzerland, Volume 3. Verfasst im Auftrag des Bundesamtes für Sozialversicherung (BSV) und des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco). Bern
- Seco, 2007: 4. Europäische Erhebung über die Arbeitsbedingungen 2005. Ausgewählte Ergebnisse aus Schweizer Perspektive. Bern

- Sennett, Richard, 1998: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin
- Strub, Silvia, 2006: „Er schafft, sie kocht“: So teilen sich (fast) alle Schweizer Paare die Arbeit. In: FamPra.ch 2/2006. Bern, 286-317
- Unia, 2007: Factsheet Hausangestellte in der Schweiz. Pressekonferenz der Gewerkschaft Unia, 13.12.2007.
- Von Roten, Iris, 1991: Frauen im Laufgitter. Offene Worte zur Stellung der Frau. Bern
- Wichterich, Christa, 2005: Femme global. Hamburg
- Widerspruch, 1998: Zeit. Mit Beiträgen von M. Spitzner, G. Notz, U. Mückenberger et al., Heft 36, Zürich
- Winker, Gabriele / Carstensen, Tanja, 2007: Eigenverantwortung in Beruf und Familie – vom Arbeitskraftunternehmer zur Arbeitskraftmanagerin. In: Feministische Studien 2/2007
- Wüthrich, Therese, 2008: Erwerbsarbeit und Familie. Schwierigkeiten mit der Geschlechterdemokratie. In: Widerspruch Heft 55, Zürich, 87-94



Wie wir mit Armut (nicht) umgehen

»Armut in Deutschland« ist zu einem Dauerbrenner in Politik und Medien geworden. Doch obwohl man heute viel über soziale Ungleichheit spricht, nimmt man sie nach wie vor nicht als gesellschaftliches Kardinalproblem ernst.

2009 · 378 S. · ISBN 978-3-593-38867-0
www.campus.de

Die Buchhandlung mit dem besonderen Angebot

Das Narrenschiff
 Buchhandlung Schwabe AG
 Im Schmiedenhof 10
 CH-4001 Basel
 Tel. +41 +61 261 19 82
 Fax +41 +61 263 91 84
www.schwabe.ch
narrenschiff@schwabe.ch

Das Narrenschiff
 Geisteswissenschaften Literatur